

Pressemitteilung vom 27.12.2023

Proteste der Landwirte BUND: Verständnis für übermäßige Belastung

„Die vereinbarte Streichung der Agrardiesel-Subvention ist im Kern ein Schritt hin zu weniger Treibhausgasen. Kombiniert mit dem Wegfall der Kfz-Steuerbefreiung für landwirtschaftliche Betriebe wird aber auf einmal eine deutliche finanzielle Mehrbelastung erreicht. Sie sendet ein falsches Signal an einen Berufsstand, der seit Jahren einem enormen Veränderungsdruck ausgesetzt ist. Dass Ängste im Berufsstand zu Protesten führen, war vorhersehbar.“ So Manfred Radtke vom BUND Rotenburg.

Bisher hat die Agrardiesel-Vergünstigung den schrittweisen Umbau der Motoren auf alternative Antriebe verhindert, obwohl marktgängige Optionen vorliegen. Die Gesellschaft braucht die Bäuerinnen und Bauern. Einem einzigen Berufszweig daher übermäßig Lasten aufzubürden, um die Sanierung des Haushaltes voranzutreiben ist aus Sicht des BUND nicht in Ordnung. Die Landwirtschaft soll 10 Prozent der Kürzungen tragen, während sie insgesamt nur 1,4 Prozent vom Haushalt bekommt.

Radtke: „Der Umbau der Landwirtschaft, insbesondere der Tierhaltung, braucht Unterstützung. Die Bundesregierung wäre daher gut beraten, übermäßige Belastungen zurückzunehmen. Stattdessen werden Förderprogramme benötigt, die den Umbau hin zu einer klimaneutralen und naturverträglichen Landwirtschaft ermöglichen. Der BUND fordert deshalb erneut, die von der Borchert-Kommission einhellig beschlossene Tierwohlabgabe zum Umbau der Tierhaltung umzusetzen.“